



Hans-Peter Mayer MdEP



Straßburg Aktuell

Nr. 14 - Plenarwoche 2.-5. Juni 2003

Informationen Ihres Europaabgeordneten
Professor Dr. Hans-Peter Mayer, CDU/EVP-ED



I. Allgemeine Informationen - Ist die Europäische Verfassung in Gefahr?

2001 riefen die europäischen Staats- und Regierungschefs den EU- Konvent ins Leben, der ihnen bis Ende Juni einen vollständigen Entwurf einer künftigen europäischen Verfassung vorlegen soll. Der Vorentwurf, den das Präsidium des Konvents den Konventsmitgliedern präsentierte, sorgte allerdings für Streit. Laut dem Konventsmitglied Elmar Brock (CDU) berücksichtigt dieser Entwurf weder viele Mehrheitsmeinungen des Konvents noch die Interessen der kleineren Mitgliedstaaten. Des weiteren wird durch die Beibehaltung von Einstimmigkeitsbeschlüssen in der Aussen- und Sicherheitspolitik die Handlungs- und Entscheidungsfähigkeit der EU weiterhin eingeschränkt. Aufgrund der jüngsten Verhandlungen zeichnet sich jedoch ein Kompromiss ab. Künftig sollte für Beschlüsse in diesen Bereichen im Regelfall das Mehrheitsprinzip gelten.

II. Das Europäische Parlament (EP) hat u.a. folgende Gesetzestexte und Erklärungen beschlossen:

1. Durchbruch bei der Agrarpolitik in Reichweite

Im Rahmen seiner Debatte über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) hat das EP über eine Reihe von Einzelberichten abgestimmt. Ein Kompromiss bei den laufenden Verhandlungen über das Reformpaket der GAP liegt in unmittelbarer Reichweite. So soll nach dem mehrheitlichen Votum des EP mit einer Entkopplung von Produktion und Direktzahlungen erst ab 2007 begonnen werden. Die Entkopplung soll in einzelnen Sektoren, wie zum Beispiel bei Getreide und Rindfleisch, und durch schrittweise Senkung der Zahlungen erfolgen. Die Abgeordneten sprachen sich allerdings gegen eine Entkopplung im Milchsektor aus. Bis 2015 sollen festgesetzte Quoten beibehalten werden, da sich das bestehende System bewährt und zu einer Stabilisierung der Märkte beigetragen hat. Entscheidend ist es nach Ansicht der Europaabgeordneten, auf dem Agrarsektor einen tragfähigen Kompromiss zwischen der notwendigen Senkung von Überproduktion und den erforderlichen Zukunftsperspektiven für die Landwirte zu finden.

2. Europa macht den Weg frei bei Strom und Gas

Nach langwierigen Verhandlungen stimmte das EP über die vollständige Liberalisierung des Energiemarkts in der Europäischen Union ab. Von besonderer Bedeutung sind die Netzzugangsbedingungen für den grenzüberschreitenden Stromhandel. Aufgrund des Drängens des EP sollen ab dem 1. Juli 2007 alle EU-Bürger endgültig ihren Stromanbieter frei wählen können und der Mittelstand sogar bereits ab 1. Juli 2004. Damit ist der Weg für einen wirklichen Binnenmarkt bei Strom und Gas endgültig frei. Die bis jetzt noch immer praktizierten Einschränkungen entfallen. Dies

dient dem freien Wettbewerb und beendet die Ära staatlicher, kommunaler oder lokaler Monopolisten.

3. Lebensmittelhygiene: Gesetzgebung straffen und vereinfachen

Die Europaabgeordneten befürworteten einen Kommissionsvorschlag zur Neufassung der europäischen Gesetzgebung im Bereich der Lebensmittelhygiene. Ziel ist es, die bisher bestehenden 17 Richtlinien zu nur noch drei Verordnungen sowie einer Richtlinie zusammenzufassen und diesen komplexen Bereich der EU-Gesetzgebung dadurch entscheidend zu vereinfachen. Das sogenannte 'Hygienepaket' soll dann nur noch die Gebiete Lebensmittelhygiene, Tierseuchen und die amtliche Überwachung von Erzeugnissen tierischen Ursprungs umfassen.

4. Plenardebatte über den EU-Gipfel in Thessaloniki

In der Generaldebatte mit Rat und Kommission ging es insbesondere um die Vorbereitung des nächsten EU-Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs im griechischen Thessaloniki. An der Aussprache nahm auch der Präsident des EU-Reformkonvents, Valéry Giscard d'Estaing, teil, um den vom Konvent zu erarbeitenden Verfassungsentwurf vorzustellen. Neben einem endgültigen Verfassungstext als Basis für eine anschließend einzuberufende Regierungskonferenz werden ferner die EU-Einwanderungspolitik, die Erweiterung sowie die Beziehungen zu den Balkanstaaten wichtige Gipfelthemen sein. Ebenfalls wurde unter anderem der Fortschrittsbericht des Parlaments über die Türkei sowie die transatlantischen Beziehungen diskutiert.

5. Bessere Kontrolle von Tierprodukten

Das EP sprach sich mit großer Mehrheit für Verbesserungen bei der Lebensmittelsicherheit in der EU aus. EU-weit soll das Prinzip der verstärkten Eigenkontrolle ebenso wie das der Rückverfolgbarkeit vom Erzeuger zum Verbraucher sichergestellt werden. Spezifische Vorschriften für die amtliche Überwachung von Erzeugnissen tierischen Ursprungs sollen die Lebensmittelsicherheit insgesamt verbessern und ein europäisches Lebensmittelrecht schaffen. Dazu ist einerseits die Eigenverantwortung der Hersteller zu stärken und andererseits ein angemessener Druck auf die Erzeuger durch amtliche Kontrollen aufrechtzuerhalten. Zur Sicherung eines einheitlichen Niveaus des Verbraucherschutzes in Europa ist es zudem unerlässlich, die Vorschriften über die amtliche Überwachung auf europäischer Ebene zu harmonisieren.

6. Keine Einhüllen-Tanker für Schweröltransporte

In Zukunft darf Schweröl nur noch von Doppelhüllen-Tankern in EU-Gewässern transportiert werden. Die Europaabgeordneten beschlossen für verschiedene Tankerkategorien unterschiedliche Ausmusterungsfristen, die vom Alter der Schiffe abhängig sind. Alle Tanker, die älter als 15 Jahre sind, sollen zudem besonderen Inspektionsvorschriften unterworfen werden, damit die strukturelle Solidität gesichert ist. Das EP leistet damit einen Beitrag zum Schutz der Gewässer und der Küsten in der EU, obwohl menschliches Versagen durch diese Vorschriften nicht beherrschbar wird.

Berichte, Gesetzestexte und Protokolle der Sitzungen finden Sie im Internet unter:
www.europarl.eu.int/gui-de/search/docsearch_de.htm oder www.europarl.eu.int/plenary/default_de.htm. Das Portal zum Recht der EU finden Sie unter: <http://europa.eu.int/eur-lex/de/index.html>.

Impressum: V.i.S.d.P. Prof. Dr. Hans-Peter Mayer
Europabüro, Bahnhofstraße 1, 49377 Vechta, Tel.: 044 41/92 29 29, Fax: 044 41/92 29 30, E-Mail: europa-mayer@t-online.de
Europäisches Parlament, Büro ASP 15 E 154, Rue Wiertz, B - 1047 Brüssel, Tel.: 0032-2-284-7994, Fax: 0032-2-284-99 94,
E-Mail: hmayer@europarl.eu.int; www.europa-mayer.de

Neu gestaltete Homepage unter www.europa-mayer.de